

erte Genossen !

er Minister für Verteidigung der UdSSR, Genosse Marschall der Sowjetunion G r e t s c h k o , hat eine tiefgründige und aufschlußreiche Analyse der aktuellen Probleme und der künftigen Entwicklung des aggressiven NATO-Paktes vorgenommen. Seine interessanten Darlegungen und Einschätzungen erhärten und vertiefen jene Urteile, die wir selber aus den Angaben unserer Aufklärungsorgane und aus der sorgfältigen Beobachtung aller Schritte insbesondere der westdeutschen Politiker und Militärs gewonnen haben. Ich darf für die Deutsche Demokratische Republik hier zum Ausdruck bringen, daß wir mit der Einschätzung der gegenwärtigen militärpolitischen Lage ~~in Europa~~ durch Genossen Minister Gretsckko übereinstimmen und den vorgetragenen Schlußfolgerungen zustimmen.

Gestatten Sie mir, in diesem Zusammenhang einige Gedanken zur Militärpolitik des westdeutschen Imperialismus, besonders zu seiner Rolle in der NATO, zu äußern. Ich stütze mich dabei auf die umfassende Analyse der Politik der westdeutschen Regierung, die das vor einigen Tagen beendete 12. Plenum des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vorgenommen hat.

Das Zentralkomitee unserer Partei stimmte den bedeutsamen Ergebnissen des Moskauer Treffens führender Persönlichkeiten sozialistischer Bruderländer voll und ganz zu, die die Richtigkeit und den

olg der von den sozialistischen Bruderländern in den Fragen des edens und der internationalen Sicherheit gemeinsam vertretenen itik bekräftigten. Es unterstrich die von den führenden Genossen er unserer Staaten einmütig und mit großem Ernst getroffene Fest- ilung des Kommuniqués der Moskauer Beratung, "daß die in der D fortdauernden gefährlichen Erscheinungen des Revanchismus und Aktivierung der neonazistischen Kräfte nicht außer acht gelassen rden dürfen und daß ihnen gegenüber ständig die gebotene Wachsam- it geübt werden muß."

r diesen gefährlichen Erscheinungen gehört auch die Verstärkung s Einflusses der westdeutschen Militaristen in der NATO und ihren hrungsorganen. Bedauerlicherweise engagiert sich dabei auch die hrung der sozialdemokratischen Partei Westdeutschlands, die die ue Regierung der Bundesrepublik gebildet und mit einem ihrer stell- tretenden Vorsitzenden, Helmut Schmidt, nunmehr sogar das inner Kriegsministerium besetzt hat.

er neue Oberbefehlshaber der revanchistischen Bundeswehr setzte ch auf den letzten Tagungen der NATO mit besonderem Nachdruck r die Stärkung dieses antisozialistischen Kriegspaktes ein und ver- rach, daß Westdeutschland seine militärischen Anstrengungen erhöhen rde. Auf der NATO-Ratstagung in Brüssel erklärte Helmut Schmidt a., daß einige erst für 1971 oder noch später vorgesehenen Auf-

teilungsvorhaben der Bundeswehr bereits auf das Jahr 1970 vorgehen würden, und daß es der Sowjetunion und den Staaten des Warschauer Vertrages gegenüber gelte, eine Politik militärischer Stärke zu betreiben.

locherfreut äußerte sich Schmidt darüber, daß nach all den Schwierigkeiten in der NATO-Planung für den Kernwaffenkrieg in den fünfziger und sechziger Jahren nun zum ersten Mal "ein greifbares und von allen gemeinsam akzeptiertes Ergebnis des Nachdenkens auf einem Teilgebiet" vorliegen würde. Die von den westdeutschen Generalen mit vorbereiteten Brüsseler Atomkriegsdokumente räumen bekanntlich nach den Vereinigten Staaten und Großbritannien auch der Bundesrepublik ein besonderes 'Mitspracherecht' ein, was den Zeitpunkt und die Art des Einsatzes taktischer Kernwaffen auf dem europäischen Kriegsschauplatz in "Krisensituationen" betrifft. Als nächste Aufgabe steht nunmehr vor den Generalstabsoffizieren der Bundeswehr, im Rahmen der Nuklearen Planungsgruppe die Rolle und den Anteil der in Westeuropa stationierten Streitkräfte beim strategischen Atomschlag festzulegen.

Das heißt, die zwar über Kernwaffenträgermittel, jedoch noch nicht über die Sprengköpfe verfügenden ehemaligen Generalstabsoffiziere Hitlers stecken bereits sehr tief in den Atomkriegsplanungen der Amerikaner für den europäischen Kriegsschauplatz und werden dieser

Im Vorwort zum Buch "Ahnere Beafre"
"NATO wird Europa" schrieb Helmut Schmidt:
"Mit vollem Recht denken wir an ein Europa, das nicht
an der Elbe und am Röhreward endet, sondern
Polen und den Balkan in sich einschließt."

- 4 -

infolge ihrer traditionellen Abenteuerlichkeit - künftig immer mehr den Stempel aufdrücken.

Die westdeutschen Imperialisten sind, das zeigen die Ergebnisse dieser jüngsten Tagungen der NATO-Körperschaften, trotz ihrer Unterschrift unter dem Kernwaffensperrvertrag nicht gewillt, ihr strategisches Fernziel eines "vereinigten Westeuropa" mit eigener Kernwaffenstreitmacht und einem westdeutschen Finger am Auslösemechanismus für den Atomkrieg aufzugeben, auch wenn sie die Bundeswehr vornehmlich auf einen begrenzten Krieg vorbereiten.

Der neue Kriegsminister Schmidt rechtfertigte vor der NATO diese von seinen Vorgängern Strauß und Schröder entwickelte strategische Konzeption des "vereinigten Westeuropa" und der "atlantischen Partnerschaft" zwischen den beiden großen imperialistischen Machtzentren USA und Westeuropa und setzte sich mit Nachdruck für eine weitere amerikanische Truppenstationierung in Europa ein. Es bedeute keine "Geste der Revolte gegenüber Amerika", so betonte er, wenn sich Westeuropa enger zusammenschließe, "sondern vielmehr die Verwirklichung seiner historischen Mission". Die Erfüllung dieser sonderbaren "historischen Mission" könne der NATO dazu verhelfen, eine neue "hoffnungsvolle Basis" ihrer weiteren Politik zu schaffen - womit ganz im Sinne von Strauß die Einbeziehung der sozialistischen Staaten Osteuropas in den Einflußbereich des Imperialismus zu verstehen wäre.

egenüber den Staaten des Warschauer Vertrages erhob Schmidt in Paris eine Reihe von Forderungen, die von der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten, insbesondere auch von der Deutschen Demokratischen Republik zu erfüllen wären, ehe man daran denken könne, an einer europäischen Sicherheitskonferenz teilzunehmen. Schmidt lehnte jegliche Politik gegenüber dem Osten ab, die nicht auf einer "festgeschlossenen westlichen Gemeinschaft" basiere. Gerade in der bevorstehenden "Ära des Manövrierens" komme ^{sagte Schmidt} es darauf an, auch das "militärisch notwendige" zu tun.

Insbesonderes wird von den westdeutschen Imperialisten in den nächsten Jahren ein Mammutprogramm von Rüstungsaufträgen realisiert werden, das von verbesserten "Pershing"-Raketen als Kernwaffenträgern über "Phantom"-Jagdbomber und Aufklärer, modernisierte Kampfpanzer "Leopard", neuentwickelte Schützenpanzer "Marder" und Fla-Panzer bis zu Hubschraubern, Raketenschiffen und Raketenschnellbooten reicht.

Besondere Aufmerksamkeit schenkt die Bundeswehrführung der Erhöhung der Feuerkraft der Landstreitkräfte. Außer der bereits begonnenen Einführung von Geschößwerfern wird die Entwicklung neuer Panzerhaubitzen und Feldhaubitzen des Kalibers 155 mm, die Einführung operativ-aktiver Mehrzweckraketen, von neuen Panzer- und Luftabwehrraketen sowie von Maschinenkanonen zur Tieffliegerbekämpfung vorangetrieben.

- 6 -

uch der Erhöhung der Beweglichkeit der Landstreitkräfte messen die westdeutschen Generale große Bedeutung zu. Davon zeugt unter anderem die geplante Beschaffung von rund 1300 amphibischen Aufklärungsfahrzeugen sowie die bereits laufende Einführung von rund 400 Hubchraubern. Die Entwicklung und Erprobung von Kampfhubschraubern, die nach amerikanischem Vorbild mit Kanonen- und Raketenbewaffnung ausgestattet sind, ist im Gange.

Die Einführung neuer und verbesserter Waffentypen wird begleitet von einer strukturellen Umgliederung der Teilstreitkräfte und der Veränderung ihrer Dislozierung. Die Landstreitkräfte sollen nach der Fusion von Heer und territorialer Verteidigung ein völlig neues Gesicht erhalten. Die Panzer- und Panzergrenadier-Brigaden sollen in panzerfähigen Richtungen konzentriert werden, vornehmlich in der Norddeutschen Tiefebene. ~~Unter der Führung von "Heimatschutzkommandos" sollen Kaderstämme und Geräteeinheiten der 2. Welle entstehen, aus denen im Krisenfall innerhalb weniger Tage voll verwendungsfähige Großverbände aufgestellt werden können.~~

Wie unschwer zu erkennen ist, zielen diese Maßnahmen eindeutig darauf ab, die Aggressionsbereitschaft der Bundeswehr weiter zu steigern und vor allem eine Lösung zu finden, die es erlaubt, das mit jedem Jahr weiter anwachsende Kontingent an Reservisten im Spannungsfall schnell und möglichst umfassend in die Bundeswehr einzugliedern. Bis 1973 sollen die Landstreitkräfte in der Lage sein,

den Friedensbestand von 314 000 Mann kurzfristig um 560 000 Reserven auf 875 000 Mann zu erhöhen.

mit das Aggressionsinstrument des westdeutschen Imperialismus so effektiv wie möglich zum Einsatz gebracht werden kann, gilt die besondere Sorge der Bundeswehrgenerale und auch des neuen Bonner Wehrministers der Reorganisation der Führungsspitze. Eine ~~seiner~~ ^{der neuen Bundesminister} Maßennahmen war die Schaffung einer Abteilung für Grundlagenplanung, die langfristige strategische Analysen erarbeiten soll. Außerdem hat sie die Aufgabe, den spezifischen Interessen Bonns Rechnung tragende Vorschläge zu Fragen der Politik und der Strategie der NATO vorzubereiten und komplexe Fragen der Militarisierung Westdeutschlands zu planen.

eben dieser neuen Institution wurde faktisch das Amt eines weiteren Staatssekretärs, und zwar für Rüstungs- und Beschaffungsfragen geschaffen, für das bezeichnenderweise der ehemalige Hauptabteilungsleiter in Hitlers Rüstungsministerium, der Konzernmanager Mommsen, gewonnen wurde. Seine Funktion besteht vor allem darin, den nach SA-Muster auch in Westdeutschland im Anwachsen befindlichen militärisch-industriellen Komplex so zu lenken, daß die Gesamtinteressen der westdeutschen Bourgeoisie nicht durch das Streben einzelner in- und ausländischer Rüstungskonzerne nach Extraprofiten stark beeinträchtigt werden, wie das bereits in der bisherigen westdeutschen Aufrüstung geschah. Deshalb soll dieser bisherige Chef des Thyssen-Konzerns die militärtechnische Forschung, Entwicklung, Erpro-

~~ung und Beschaffung zentralisieren und effektiver gestalten.~~
 Besonders aufschlußreich ist die Absicht der neuen Regierung, den
 Stabschef der Streitkräfte zu einem reaktionsfähigen, schnell funk-
 tionierenden militärischen Führungsinstrument mit erweiterten Befug-
 nissen auszubauen. Nach Ansicht von Schmidt gäbe es weite Be-
 reiche westdeutscher Militärpolitik, die von der NATO-Planung und
 den NATO-Stäben nicht erfaßt würden, zu deren Bewältigung aber
 in Bonn ein funktionsfähiger Apparat fehle. Dazu gehöre auch eine so-
 genannte nationale Kommandobehörde, die er zwar nicht unbedingt
 "Generalstab" nennen möchte, die aber nichts anderes als die Fort-
 führung des Hitlerschen "Oberkommandos der Wehrmacht" bzw. des
 damals geplanten "Reichsgeneralstabes" wäre.

~~Der erste sozialdemokratische Kriegsminister des imperialistischen
 Deutschland seit Gustav Noske - der 1919 mit Hilfe reaktionärer Frei-
 corps aus kaiserlichen Offizieren die deutsche Novemberrevolution
 blutig niederschlug - der erste Sozialdemokrat seit Noske auf diesem
 Posten eines Kriegsministers der deutschen Bourgeoisie macht sich
 also auch noch für die Wiedergeburt des in Nürnberg abgeurteilten
 deutschen Generalstabes stark.~~

Werte Genossen!

Diese Entwicklung, die sich in der Militärpolitik der neuen Bonner
 Regierung als kontinuierliche Fortsetzung der bisherigen Aggressions-

orbereitungen und entspannungsfeindlichen Aktivitäten offenbart, hat uns nicht sonderlich überrascht. Die internationale Arbeiterklasse hat schließlich umfassende Erfahrungen mit rechten sozialdemokratischen Führern gemacht, und die deutsche Arbeiterklasse hat besonders reiche Erfahrungen - nicht nur in der Zeit des 1. Weltkrieges und der Weimarer Republik, sondern besonders auch nach 1945.

Es war die rechte SPD-Führung, die Ende der fünfziger Jahre die sich unter der westdeutschen Bevölkerung entwickelnde Massenbewegung gegen die atomare Ausrüstung der Bundeswehr abwürgte. Es war die Mehrheit der SPD-Fraktion, die mit ihren Stimmen im Bundestag die Durchsetzung der Notstandsverfassung ermöglichte. Und es war seinerzeit ein Erler, der als stellvertretender Parteivorsitzender der SPD die Bonner Militärpolitik aktiv mitgestaltete, den Ausbau der Militärachse Bonn-Washington persönlich förderte und alles tat, um die Forderungen der Bundeswehrführung nach mehr Einfluß in der NATO durchzusetzen.

Ich darf vielleicht auch darauf verweisen, daß der heutige Bundeskanzler Brandt im Jahre 1961 als damaliger Regierender Bürgermeister der NATO-Frontstadt Westberlin einer derjenigen war, die am lautesten nach "energischen Maßnahmen" der NATO gegen die von den Staaten des Warschauer Vertrages unterstützte Sicherung unserer Grenzen riefen. Inzwischen ist Herr Brandt vermutlich etwas klüger geworden

und weiß, daß man beim gegenwärtigen Kräfteverhältnis mit Panzern gegen uns wenig ausrichten kann. Dafür bemüht sich sein Stellvertreter Schmidt, eine Veränderung des militärischen Kräfteverhältnisses zugunsten der NATO und insbesondere Westdeutschlands mit allen Mitteln herbeizuführen. Die wirklichen Herren Westdeutschlands und seiner Streitkräfte erwarten von ihm nicht nur mehr Kampfgeist, mehr Personal, mehr Waffen, mehr Geld und mehr Einfluß für die Bundeswehr, sondern auch, daß er die Aufrüstung effektiver vorantreibt und den bürokratischen Sand aus dem Getriebe der westdeutschen Kriegsmaschinerie entfernt.

Mir lassen allerdings auch nicht außer acht, daß die von der SPD/FDP-Regierung geführte aggressive Militärpolitik zunehmend durch nationale sowie Friedens- und Verteidigungsdemagogie getarnt wird und damit zusätzliche Gefährlichkeit erlangt. Gegenwärtig ist festzustellen, daß die westdeutschen Militaristen die "geistige Rüstung", die Herstellung der moralischen Aggressionsbereitschaft besonders der Bundeswehrangehörigen erheblich verstärken. Dabei geht es nicht nur um die Unterstützung dieser Revanchearmee durch die Masse der Bevölkerung, sondern auch um solche Methoden wie zum Beispiel eine größere "Wehrgerechtigkeit", d. h. die Vermehrung des Anteils der einberufenen Wehrpflichtigen an der Gesamtstärke der einzelnen Geburtsjahrgänge und die volle Ableistung eines Wehrrersatzdienstes durch die Untauglichen oder bisher Zurückgestellten.

~~angesichts dieser Linie der Erhöhung der Kampfmoral und der Aggressionsbereitschaft ist es auch nicht zufällig, daß gerade jetzt etliche junger Generale mit Denkschriften und Vorschlägen anrücken, wie man den Ballast der "demokratischen Tarnung" abwerfen, und die politische und militärische Führung der Bundeswehr veranlassen könne, "sich eindeutig und unmißverständlich zur deutschen Soldatentradition - gemeint ist die faschistische Wehrmacht - zu bekennen". So heißt es wörtlich in einer Denkschrift des Heeresinspektors, General Schnez, zur "Inneren Führung".~~

~~Über auch~~ Die psychologische Kampfführung gegen die DDR und die anderen sozialistischen Staaten wird mit neuen, raffinierteren Methoden vorgetragen. Insbesondere die Nationale Volksarmee und die Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, aber auch andere Armeen unserer sozialistischen Verteidigungscoalition sind Ziel ihrer ideologischen Diversion, ihrer Hetze und Verleumdung. Zur Diffamierung der sozialistischen Armeen ist ihnen/^{nichts}gemein genug - nicht einmal die Ausnutzung der auch in Westdeutschland spürbaren Empörung über die amerikanischen Kriegsverbrechen in Vietnam.

Alles das, teure Genossen, zeigt, wie brennend aktuell auch heute noch die Worte Lenins sind, mit denen er sich 1921 vor dem IX. Gesamtrussischen Sowjetkongreß gegen alle Bestrebungen wandte, in der Verteidigungsfähigkeit deshalb nachzulassen, weil sich einige

ausländische Mächte um Annäherung zum Sowjetstaat bemühten. Lenin warnte: Es melden sich ausländische Vertreter, "die unter dem Vorwand kommen, Hilfe zu leisten, aber diese Vertreter helfen, die Sowjetmacht zu stürzen." Bei aller Konzentration der Kräfte auf den so lebenswichtigen wirtschaftlichen Aufbau des Landes, bei aller schon anbahnenden ökonomischen Zusammenarbeit mit kapitalistischen Staaten, so sagte Lenin in der gleichen Rede, "seid auf der Hut, führt die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes und unserer Roten Armee wie Euren Augapfel, denkt daran, daß wir nicht das Recht haben, eine Schwächung unserer Arbeiter und Bauern und ihrer Organisationen auch nur für eine Sekunde zuzulassen."

Von dieser prinzipiellen Einstellung Lenins läßt sich die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, auch und gerade in diesen Monaten der Vorbereitung auf den 100. Geburtstag dieses großen Führers des Sowjetstaates und der internationalen Arbeiterbewegung, leiten. Lenins Vermächtnis erfüllen, so meinen wir, daß heißt, allen imperialistischen Versuchen, die sozialistische Gemeinschaft zu spalten und zu zersetzen, unsere unverbrüchliche Einheit und Geschlossenheit entgegenstellen. Das heißt für uns als sozialistische Militärs, die Klassen- und Waffenbrüderschaft unserer verbündeten Armeen ständig weiter zu vertiefen.

Ich darf Ihnen versichern, teure Genossen:

~~Angesichts der jüngsten Tendenzen der NATO-Politik, insbesondere der USA und Großbritanniens, die gegen das sozialistische Lager gerichteten Anstrengungen des Weltimperialismus auf den mitteleuropäischen Raum zu konzentrieren;~~

~~angesichts der von der neuen Bonner Regierung forcierten Entwicklung der Bundeswehr zu einem schlagkräftigen und auf alle Kriegsorten vorbereiteten Mittel der Erpressung und der Anwendung militärischer Gewalt;~~

~~angesichts des zunehmenden Einflusses der westdeutschen Militaristen~~

~~in der NATO wird~~ Die Deutsche Demokratische Republik ^{nicht} ~~alles~~ in ihren

Kräften stehende tun, um das System ihrer Landesverteidigung weiter zu vervollkommen und den Anteil der Nationalen Volksarmee an den gemeinsamen Anstrengungen unserer Bruderarmeen, ^{um Stärkung} ~~an der Wachsam-~~

~~keit und der~~ Schlagkraft der sozialistischen Militärallianz kontinuierlich zu erhöhen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.